

Für ein starkes Europa

UNS GEHT'S UMS GANZE

Die Europäische Union ist Garantin für unseren Frieden, unseren Wohlstand und unsere Sicherheit. Ihre Mitgliedstaaten verbindet das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Diese gemeinsamen Ziele und Werte sind für uns das Fundament für ein gutes Leben und machen die EU auch jenseits ihrer Grenzen so attraktiv. Sie zu schützen und zu fördern ist für uns Grüne im Bundestag die Richtschnur unseres politischen Handelns.

Das Jahr 2024 wird ein Schicksalsjahr für die EU. Im Jahr der Europawahl werden unsere Demokratien immer stärker zum Ziel von Desinformation und Angriffen radikaler EU-skeptischer und rechtsextremer Kräfte. Die Verteidigung der Ukrainer*innen gegen den russischen Angriffskrieg erfordert unsere volle Unterstützung. Gleichzeitig werden die Präsidentschaftswahlen in den USA maßgeblichen Einfluss auf unsere künftigen transatlantischen Beziehungen haben, die für uns und unsere Verbündeten so wichtig sind.

Vor diesem Hintergrund legen wir mit unseren Partnern in der EU die politischen Prioritäten fest, um einer klimafreundlichen europäischen Wirtschaft zum Schutze unseres Wohlstands und unserer Unabhängigkeit den Weg zu ebnen.

Die EU ist krisenfest. Das hat sie zum Beispiel während der Pandemie unter Beweis gestellt. Um die großen Herausforderungen unserer Gegenwart zu meistern, muss sich die EU aber auch fit für die Zukunft machen. Sie muss handlungsfähiger, wehrhafter und strategisch souveräner nach innen und außen werden.

NOCH FRAGEN?

ZUM WEITERLESEN:

- [gruene-bundestag.de/europa](https://www.gruene-bundestag.de/europa)

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 20/9723 Stellungnahme zur Aufnahme von und Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und
20/9724 der Republik Moldau
- 20/5990 Stellungnahme zur einem neuen Europawahlrecht mit Spitzenkandidat*innen und transnationalen Listen
- 20/4363 Stellungnahme zu Rechtsstaatlichkeit in Ungarn
- 20/3499 Gesetzesentwurf zum Wahlalter 16 bei Europawahlen

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

Chantal Kopf MdB
Sprecherin für Europapolitik

Fachbereich 4: Internationale
Politik und Menschenrechte

TEL 030 227 56789
FAX 030 227 56552
info@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

20/32

Innere und äußere Herausforderungen FÜR EINE ZUKUNFTSFESTE EU

EU-ERWEITERUNG

Seit ihrer Gründung wurde die Europäische Union bereits siebenmal erweitert. Für die Beitrittsländer sind die Erweiterungsprozesse an politische und wirtschaftliche Bedingungen geknüpft und gehen vor allem mit weitreichenden Reformen einher. In der Rückschau haben die Erweiterungsrounden wesentlich zu mehr Stabilität, Frieden und Wohlstand in Europa beigetragen.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 bedeutet eine Zäsur in der europäischen Friedensordnung. Er hat uns unsere Verantwortung für die Verteidigung von Demokratie, Freiheit und Frieden in Europa deutlich vor Augen geführt. Im Dezember 2023 hat der Europäische Rat die historische Entscheidung getroffen, mit der Ukraine und der Republik Moldau Beitrittsgespräche aufzunehmen und Georgien den Kandidatenstatus zu verleihen. Auch haben die Staats- und Regierungschef*innen der EU die Perspektive einer Mitgliedschaft der Staaten des westlichen Balkans bestärkt. Diese Beitrittsperspektiven haben wir als Regierungskoalition mit einem Antrag klar unterstützt. Sie sind die Anerkennung einer neuen geopolitischen Realität.

Die Erweiterung ist eine strategische Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in Europa. Um neue Mitgliedstaaten erfolgreich integrieren zu können, müssen Erweiterung und Reformen Hand in Hand gehen. Wir Grüne gestalten diesen europäischen Fortschritt aktiv mit und wollen mehr positive Anreize für Reformen setzen, um die Beitrittsverfahren schneller zum Erfolg zu führen.

REFORM DER EU FÜR MEHR HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Zugleich befinden sich Gegner unserer liberalen Demokratien und systemische Rivalen wie China weltweit im Aufwind. Vor diesem Hintergrund ist es notwendiger denn je, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der EU zu stärken. Dafür braucht es Reformen der EU-Institutionen und ihrer Verfahren. Dies ist auch angesichts der Beitrittsperspektiven für die Ukraine, Moldau, Georgien und die Westbalkanstaaten erforderlich. Denn mit jedem Erweiterungsschritt nimmt die Vielfalt der Interessen zu. Dies macht die Entscheidungsfindung schwieriger und kann deren politische Wirksamkeit schwächen. Damit die EU nicht an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit stößt, müssen wir sie an die neuen Rahmenbedingungen anpassen.

Im November 2023 hat das Europäische Parlament Vorschläge zur Änderung der EU-Verträge vorgelegt. Jetzt klären die EU-Führungsspitzen, wie die EU angesichts einer möglichen Erweiterung reformiert werden soll. Für uns ist dabei ein wichtiges Ziel, langwierige Blockaden aufgrund notwendiger Einstimmigkeit im Rat, wie etwa bei der Unterstützung der Ukraine, künftig zu verringern. Wir wollen diese nationalen Vetos durch mehr Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit überwinden.

DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT VERTEIDIGEN UND STÄRKEN

Werte, die für den Beitritt zur EU gelten, gelten auch danach. Ein simples, aber bindendes Prinzip, das die EU-Mitgliedstaaten zur Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Grundwerten verpflichtet. Und doch gibt es immer wieder Versuche, wie beispielsweise in Ungarn, diese Grundpfeiler der EU von innen auszuhöhlen. Wir Grüne im Bundestag setzen uns deshalb angesichts der Angriffe auf unsere Demokratie, auf Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit besonders dafür ein, dass die EU alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente konsequenter nutzt, durchsetzt und weiterentwickelt.

Die massive, langjährige Korruption in Ungarn gefährdet den EU-Haushalt. Deshalb haben wir im November 2022 mit einer Entschließung der Koalitionsfraktionen im Bundestag die Bundesregierung darin bestärkt, den EU-Haushaltsmechanismus im Europäischen Rat anzuwenden. Kurz darauf verhängte die EU erstmals die Aussetzung umfangreicher finanzieller Mittel gegenüber Ungarn. Bei schwerwiegenden und anhaltenden Verstößen gegen EU-Grundwerte muss die EU künftig aber noch wehrhafter handeln, auch mit weiter reichenden Folgen wie der Aussetzung des Stimmrechtes für den betroffenen Mitgliedstaat. Wir Grüne im Bundestag und im Straßburger Parlament treiben deshalb eine Reform des sogenannten Artikel-7-Verfahrens voran.

Um die europäische Demokratie weiter zu stärken, geben wir den Stimmen junger Menschen zudem mehr Gewicht. Wir haben dafür gesorgt, dass 2024 in Deutschland erstmals 16- und 17-jährige bei einer Europawahl ihre Stimme abgeben und so Europa aktiv mitgestalten dürfen.

